



RESOLUTION

Die Staatsregierung und die CSU-Landtagsabgeordneten haben im Januar 2004 beschlossen, ab 2005 die Sozialberatungen für Migrantinnen und Migranten nicht mehr bzw. nur noch im stark eingeschränkten Maße finanziell zu unterstützen. Damit wird eine jahrzehntelange erfolgreiche Tätigkeit der Wohlfahrtsverbände im Bereich der Integration insbesondere von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern der Boden entzogen.

Auch im Bereich der Integrationsarbeit mit und für die Spätaussiedler/innen wird es gravierende Einschnitte geben.

Dem Integrationsbeirat ist völlig unverständlich, dass mit diesen drastischen Mittelkürzungen eine der wichtigsten Säulen der Integrationsarbeit bei den Migranten/innen erheblich eingeschränkt wird oder ganz entfallen soll. Die Kürzungen betragen

- bei ausländischen Mitbürgern/innen in 2004 **65 %** und 2005 **100 %**
- bei Asylbewerbern/innen **50 %**
- bei Spätaussiedlern/innen **25 %**.

Die Ausländersozialdienste werden nach wie vor in hohem Maße in Fürth wahrgenommen und zeigen damit ihre Notwendigkeit und die dort geleistete qualifizierte Arbeit. Die inhaltliche Arbeit in der Ausländersozialberatung hat sich in den letzten Jahrzehnten zwar geändert, sie ist aber anspruchsvoller und vielseitiger geworden. Nicht umsonst wurde die Ausbildung und staatliche Prüfung zum Sozialberater/in vor vielen Jahren eingeführt.

Diese Kolleginnen und Kollegen haben sich durch ihre jahrelange, ja teilweise jahrzehntelange Arbeit ein hohes Maß an Erfahrungen, Wissen und Kompetenzen angeeignet und sind aus dem tagtäglichen Geschehen nicht mehr wegzudenken. Ihre Fachkompetenz ist erforderlich und gefragt.

Wird sich vergegenwärtigt, dass allein in Fürth mindestens 30 % der Bevölkerung Migrationshintergrund hat, wird die Größenordnung der durch Wegfall bzw. Einschränkung dieser speziellen Anlaufstellen betroffenen Menschen deutlich. Darüber hinaus würde dies für unsere Stadt eine Gefährdung der vielfältigen Integrationsaktivitäten in allen Bereichen bedeuten. Denn neben den gewählten und beratenden Mitgliedern des Integrationsbeirates sind es gerade die hauptamtlichen Fachleute, die in diesem Sinne, zum Migrationsforum zusammengeschlossen, vernetzt tätig sind.

Der Wegfall der Bezuschussung seitens der Bayerischen Staatsregierung hat, als grundsätzliche Voraussetzung für die Bezuschussung durch die Bundesregierung bzw. durch den Europäischen Sozialfond auch den Wegfall dieser Fördergelder zur Folge. Betroffen sind sowohl der Sozialdienst für Migranten/innen und die Kulturbrücke der AWO als auch die Griechenberatung der Stadtmission Nürnberg, damit alleine knapp 10.000 griechische und türkische Staatsbürger/innen in Fürth.

Diese Entwicklung gefährdet nicht nur die Integration von Migranten/innen in erheblichen Maße sondern auch den sozialen Frieden in unserer Stadt Fürth.

Wir fordern deshalb die Staatsregierung auf, die Kürzungsabsichten zurückzunehmen.

Fürth, 09.02.2004
gez. Aydin Kaval
Vorsitzender